

Gute Arbeit durch reguläre Arbeitsplätze

Peter Bofinger

Vortrag auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag am 13. Mai 2010 in München

1. Das reguläre Arbeitsverhältnis wird zunehmend zum Auslaufmodell. Was meine ich mit einem regulären Arbeitsverhältnis?
 - Es handelt sich um eine Vollzeitstelle.
 - Für die Arbeitnehmer werden Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung gezahlt.
 - Der Arbeitnehmer verfügt über einen regulären Kündigungsschutz.
 - Und er arbeitet für den Betrieb, der ihn formal eingestellt hat.

2. Von 1998 bis 2008 sind 800.000 solcher Arbeitsplätze weggefallen, während gleichzeitig fast drei Millionen so genannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind:¹
 - Es gibt rund 2 ½ Millionen zusätzliche geringfügige Beschäftigte und Teilzeit-Arbeitsplätze
 - Es gibt rund eine halbe Millionen zusätzlicher Solo-Selbständiger
 - Es gibt 850.000 Beschäftigte mehr mit einem befristeten Arbeitsvertrag
 - Und es sind rund 400.000 Leiharbeitsplätze geschaffen worden.

Da sich einige der Merkmale überschneiden, liegt die Summe dieser vier Teilkomponenten über den genannten drei Millionen.

3. Aus rein ökonomischer Sicht besteht das Problem dieser atypischen Jobs in erster Linie darin, dass sie häufig mit Hungerlöhnen einhergehen, die für Alleinstehende kaum zum Leben reichen. Knapp jeder dritte der atypisch beschäftigte Alleinstehende verfügt über ein Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Bei vergleichbaren Normalarbeitnehmern liegt diese Quote bei nur 6 %.

¹ Siehe hierzu und zu allen weiteren Zahlenangaben die sehr informative Studie des Statistischen Bundesamtes, Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit, Begleitmaterial zum Pressegespräch am 19. August 2009 in Frankfurt am Main.

Und das Ganze wird immer schlimmer. Von 1998 bis 2008 ist bei den atypisch Beschäftigten insgesamt der Anteil der Personen unterhalb der Armutsgrenze von 9,8 % auf 14,3 % gestiegen, bei den Normalarbeitnehmern ist dieser Wert mit 3,2 % nach 3,1 % nahezu konstant geblieben. Das lässt sich u.a. ganz einfach damit erklären, dass bei den Zeitarbeitnehmern und den befristet Beschäftigten die Bruttoverdienste in den letzten Jahren kaum noch gestiegen sind.

Aber es geht nicht nur ums Geld. Ein regulärer Arbeitsplatz ist für einen Menschen ein zentraler Bestandteil seines sozialen Umfelds und er verleiht ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Das wiederum ist eine wichtige Voraussetzung für die Solidarität zwischen Arbeitnehmern und ihre Fähigkeit sich gewerkschaftlich zu organisieren.

4. Jetzt könnte man argumentieren, dass es doch immer noch besser ist, einen irregulären und schlechten Job zu haben als überhaupt nicht zu arbeiten. In der Tat denken viele meiner Ökonomen-Kollegen genau so. Doch dabei übersieht man, dass die traurige Entwicklung, die ich hier beschrieben habe, kein Schicksal ist, mit dem man sich unter den Verhältnissen der Globalisierung gottgegeben abfinden muss.

Nein, es handelt sich dabei zu einem großen Teil um Prozesse, die von der Politik teilweise bewusst, teilweise unbewusst, ganz massiv gefördert worden sind.

5. Was den unbewussten Teil angeht, so handelt es sich dabei vor allem um die Finanzierung der deutschen Einheit in den neunziger Jahren. Hier hat sich Helmut Kohl damals dafür entschieden, einen größeren Teil der damit verbundenen Lasten nicht über das Steuersystem, sondern über die Sozialversicherungen zu finanzieren. Dies gilt insbesondere für die Renten- und die Krankenversicherung, die große Transfers an den Osten leisteten. Als Folge stiegen die Sozialabgaben deutlich an. Da sich jetzt die Unternehmen massiv über die zu hohen Lohnnebenkosten beklagten, musste ein Ausweg gesucht werden. Er wurde darin gefunden, und das ist der bewusste Teil der Förderung, dass die Politik nun neben den regulären mit hohen Sozialabgaben belasteten Arbeitsplätzen, Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnete, die deutlich geringer belastet sind:

- Die Bestimmungen für Scheinselbständigkeit wurden so gelockert, so dass man Tätigkeiten nicht mehr von Arbeitnehmern, sondern von Selbständigen wahrnehmen ließ, für die weder eine Renten-, noch eine Krankenversicherungspflicht besteht.
- Die Grenzen für Minijobs wurden so ausgeweitet, so dass man anstelle eines Vollzeitbeschäftigten einfach drei oder vier Minijobber einstellt, für die deutlich weniger Sozialabgaben bezahlt werden müssen. Und dass ein ausreichendes Heer an solchen Arbeitnehmern zur Verfügung steht, sind Minijobs steuerfrei und Arbeitslosengeld II Bezieher dürfen von einem Minijob in Höhe von 200 Euro immerhin 120 Euro für sich behalten

Es ist also kein Wunder, dass die Wirtschaft so verstärkt die billigeren, weil mit deutlich geringeren Sozialabgaben belasteten irregulären Jobs nachfragte. Dass dabei Vollzeitjobs auf der Strecke blieben, so dass es für Menschen mit geringerer Qualifikation immer schwieriger wurde, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu finden, interessierte niemand. Ebenso wenig macht sich die Politik darüber Gedanken, was mit einmal den über zwei Millionen Solo-Selbständigen geschieht, deren Einnahmen oft zu gering sind, um sich eine private Rentenversicherung anzusparen.

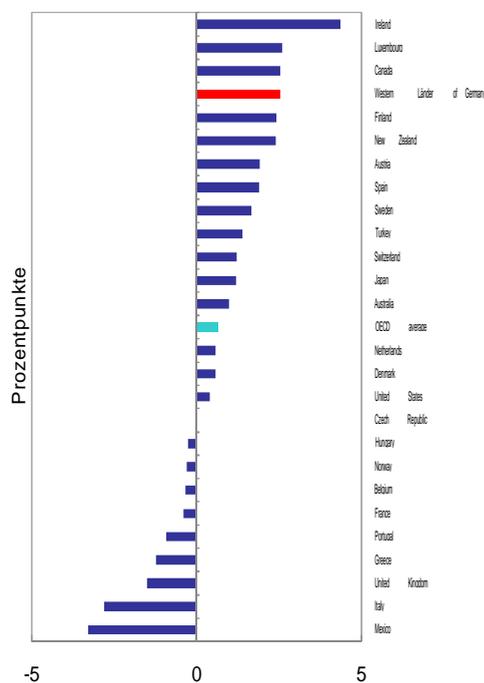
6. Und damit diese Verlagerung in die irreguläre Beschäftigung einen deutlichen Druck auf die Löhne ausüben kann, hat sich die deutsche Wirtschaftspolitik bisher standhaft geweigert, einen einheitlichen Mindestlohn einzuführen, wie er in fast allen zivilisierten Ländern zu beobachten ist.

Auch die Attraktivität der Leiharbeit ist zu einem wesentlichen Teil damit zu erklären, dass Unternehmen damit tarifvertragliche Bestimmungen umgehen können. Es nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Betrieb bei Auftragsspitzen Leiharbeiter einstellt. Problematisch wird das Ganze, wenn die Leiharbeit systematisch eingesetzt wird, um tarifvertragliche Bestimmungen zu unterlaufen. Dies ist jedoch ganz einfach möglich, da der Leiharbeiter nicht nach dem Tarif des Unternehmens bezahlt wird, bei dem er seiner Leistung erbringt, sondern nach dem Tarif für Leiharbeitsunternehmen, der in der Regel erheblich niedriger ist.

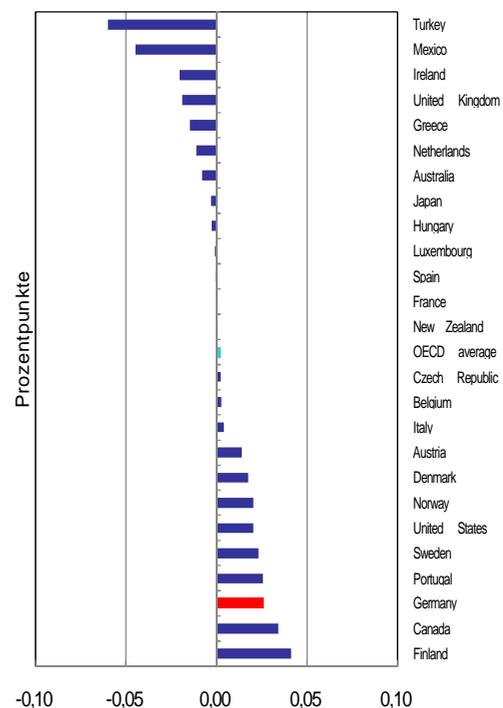
7. Insgesamt haben sich so die Einkommensungleichheit und Armutsrate in Deutschland deutlich ungünstiger entwickelt als in fast allen hoch entwickelten Ländern. All das folgt der Logik der deutschen Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts, die von der Phobie getrieben war, dass die deutschen Löhne zu hoch seien. Im Rückblick haben wir damit die Situation, dass bei uns der Anstieg der Löhne weit hinter dem in unseren europäischen Partnerländern zurückgeblieben ist. Dies hat nicht unwesentlich zu den Spannungen beigetragen, die wir heute innerhalb der Europäischen Währungsunion beobachten müssen.

Zunehmende Ungleichheit in Deutschland

Veränderung der Armutsrate (Mitte 90er - bis Mitte 00er - Jahre)



Veränderung der Einkommensungleichheit (Mitte der 90er bis Mitte der 00er - Jahre)



Quelle: OECD Factbook,

<http://oberon.sourceoecd.org/vl=5221217/cl=57/nw=1/rpsv/factbook2009/index.htm>

8. Damit die reguläre Arbeit Zukunft hat, muss Schluss sein mit der staatlichen Förderung der irregulären Arbeit. Konkret:

- Wir brauchen eine uneingeschränkte Sozialversicherungspflicht für Selbständige.
- Die Steuerfreiheit von Minijobs muss abgeschafft werden. Es gibt auch keinen Grund sie durch niedrigere Sozialabgaben zu fördern. Wenn etwas gefördert werden muss, sind es reguläre Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich. Hierfür gibt es gute Konzepte.²
- Für Leiharbeiter muss der gleiche Lohn gezahlt wie für die reguläre Mitarbeiter eines Unternehmens.
- Und schließlich brauchen wir dringend einen allgemeinen Mindestlohn für alle Arbeitnehmer.

² Siehe dazu das Modell einer negativen Einkommensteuer: Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (SWMA), von Peter Bofinger, Martin Dietz, Sascha Genders und Ulrich Walwei